

Niederschrift

über die 32. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 17. Mai 2018
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:35 Uhr

Unterbrechungen: 16:40 Uhr – 16:45 Uhr

Anwesenheit: Soll: 41 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist: 32 Mitglieder der Stadtvertretung
78,05 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr Jens Blasewitz (fraktionslos)
Ratsherr Ralf Burmeister (fraktionslos)
Ratsherr Nicola D´Aniello (fraktionslos)
Ratsherr Toni Jaschinski (DIE LINKE)
Ratsherr Nicolas Mantseris (B90/Grüne_Piraten)
Ratsherr Prof. Dr. Robert Northoff (SPD)
Ratsfrau Irina Parlow (DIE LINKE)
Ratsherr Michael Steinführer (CDU)

Unentschuldigt
fehlten: -

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister
Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Frau Renger, 2. Stellvertreterin

I. Eröffnung und Begrüßung

Die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau Gartz (CDU), eröffnet die 32. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

Ratsherr Lundershausen (DIE LINKE) nimmt für Ratsfrau Parlow (DIE LINKE) im Präsidium Platz.

Im Namen der Stadtvertretung gratuliert Ratsfrau Gartz Ratsherrn Albrecht (SPD) zu seinem Geburtstag.

II. Einwohnerfragestunde

Die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau Gartz, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Die Fragen von Herrn Barthel, Einwohner der Stadt Neubrandenburg, (*siehe Anlage 1*) werden schriftlich beantwortet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Ratsfrau Gartz die Einwohnerfragestunde.

- ## III. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
 - Feststellung der Anwesenheit

Die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau Gartz, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang am 9. Mai 2018).

Die Anwesenheitsmehrheit wird mit 32 von 41 Mitgliedern festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

- ## IV. Beschluss über die Niederschrift der 31. Sitzung der Stadtvertretung am 22. März 2018

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

- ## V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VI/938 Informationsvorlage
 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des
 Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
 Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) spricht das Ansteigen der Gerichts- und Gutachterkosten an. Er fände es gut, wenn die Stadtvertreter erfahren würden, für was diese Gelder ausgegeben werden und dies zwei Mal im Jahr mit in den Bericht des Oberbürgermeisters aufgenommen werde.

Das wird so mit aufgenommen, antwortet Herr Witt, Oberbürgermeister.

Ratsherr Gesswein (CDU) merkt zum Punkt 2.4.2 „Ordnungsbehördliche Kontrollen“ an, dass durch den erhöhten Kontrolldruck im Jahr 2017 ein entsprechender Anstieg der Fallzahlen verzeichnet werden konnte. Er befürwortet das Vorgehen, um ggf. auch mehr Einnahmen zu erzielen und es vielleicht auch zu mehr Ordnung und Sicherheit im Straßenverkehr kommt.

Ratsfrau Bittkau (SPD) spricht den „Krater“ an der Stadtmauer in der Stargarder Straße an, wo ursprünglich ein Hotel gebaut werden sollte. Sie möchte wissen, ob es schon einen Investor dafür gibt und wie das weitere Vorgehen aussieht. Denn so wie es im Moment ist, kann sie das nicht befürworten.

Herr Witt, Oberbürgermeister, merkt an, dass es aufgrund archäologischer Grabungen, die länger gedauert haben, so aussieht,. Bis 30. Juni 2018 sollen

nun Informationen bezüglich des Zeitplanes zusammengestellt werden. In der nächsten Beratungsrunde wird dann darüber informiert.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr Witt, Oberbürgermeister, teilt bezüglich des digitalen Sitzungsdienstes mit, dass die Tablets beschafft wurden und derzeit inventarisiert werden. Eine Nutzungsvereinbarung bezüglich der Nutzung der Tablets ist erarbeitet und rechtlich abgestimmt worden. Die Verteilung der Geräte erfolgt über das Büro der Stadtvertretung. Eine Information darüber erfolgt rechtzeitig. Es ist erfreulich, dass die Digitalisierung in der Verwaltung und in vielen anderen Prozessen auch aktiv voran getrieben wird, dass nicht nur Papier gespart wird, sondern auch Prozesse optimiert und an digitale Anforderungen angepasst werden. In Kürze gibt es eine Mitteilung, wann es soweit ist und dann kann der Sitzungsdienst nach der Sommerpause wesentlich digitaler von statten gehen.

- Wie den Informationen und den Medien entnommen werden konnte, war die Teilnahme am Projekt „Ansoम्मern“ zum zweiten Mal erfolgreich. Das Projekt soll Besucherinnen und Besuchern aus dem Land Brandenburg und der Stadt Berlin nach Mecklenburg-Vorpommern locken und zeigen, dass es auch hier attraktive Städte gibt, in die es sich lohnt zu reisen. Nach dem Start eines Testballons im letzten Jahr, ist man in diesem Jahr erfolgreicher an dieses Projekt herangegangen. Es wurden wesentlich mehr Besucherinnen und Besucher erreicht, es gab Stadtführungen mit den Stadtoriginalen, wo jeweils 50 bis 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitgemacht haben und die Innenstadt zu Fuß erkundeten. Auch Herr Witt ist bei einer Stadtführung dabei gewesen.
- Passend dazu nimmt die Stadt Neubrandenburg an dem Projekt „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) teil. An der Auftaktveranstaltung zu dem Forschungsvorhaben hat Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter, teilgenommen. Bei der Stadtführung war Herr Witt selbst anwesend. Er verliest das Zitat, worum es sich in diesem Projekt handelt. „Die Modellvorhaben sollen erproben, wie sich die Kooperation von Baukultur und Tourismus im ländlichen Raum stärken lässt, welche Werkzeuge dafür geeignet sind und wie die Verständigung untereinander und die gegenseitige Wahrnehmung beider Disziplinen gut gelingen kann.“ Dazu hat ein Expertenteam aus Aachen und Köln sich in der Region umgeschaut. Stationen waren u. a. Neustrelitz, Hohenzieritz und Neubrandenburg. Es wurde auch hier sehr positiv wahrgenommen, was in den letzten Jahrzehnten in der Stadt Neubrandenburg passiert ist.
- Eine weitere Information betrifft das Mobilitätsforum. Zunächst dankt Herr Witt allen Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern, die teilgenommen haben, sowie den Referentinnen und Referenten, die an der Gestaltung beteiligt waren. Der besondere Dank gilt dem Verein „Lokale Agenda 21 Neubrandenburg“ e. V., der federführend die Organisation übernommen hat und Frau Quade, Sachbearbeiterin Soziale Infrastruktur, aus der Verwaltung. Diese Veranstaltung kann als eine Auftaktveranstaltung gesehen werden, um intensiver ins Gespräch zu kommen, was die Mobilität in der Stadt Neubrandenburg betrifft.
- Des Weiteren skizziert Herr Witt den Fahrplan zum „Fahr-Rat“. In den nächsten 14 Tagen soll die Abstimmung dahingehend erfolgen, welche Verbände und Vereine konkret noch beteiligt werden sollten. Bis zur 25. Kalenderwoche (KW) wolle man die entsprechenden Vereine und Verbände einladen und in der 26. KW bis 33. KW eine Geschäftsordnung sowie eine genaue Verfahrensweise definieren. Die

konstituierende Sitzung des Beirates soll in der 35. KW stattfinden. Die Einladungen dazu werden rechtzeitig versandt. Dann arbeitet das Gremium selbstständig und die Verwaltung fungiert hier als Geschäftsstelle. Während des Mobilitätsforums wurden auch andere Mobilitätsformen, außer dem Fahrrad, thematisiert. Diesbezüglich wird es unter der Schirmherrschaft des Vereins „Lokale Agenda 21 Neubrandenburg“ e. V. weitere Veranstaltungen geben. Er schlägt vor, den Mobilitätsknotenpunkt – Busbahnhof, Bahnhof, Friedrich-Engels-Ring – als Auftakt für ein neues Gremium zu nehmen. Die Einladung dafür wird über den Verein „Lokale Agenda 21 Neubrandenburg“ e. V. erfolgen.

- Weiterhin kann derzeit die Vergabe zu der Baumaßnahme der Stargarder Straße erfolgen. Mit anfangs ein paar Bedenken ist die Zusammenarbeit sowohl mit dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung, als auch mit dem Ministerium für Inneres und Europa so effektiv gewesen, dass die Kostensteigerung keine so großen Auswirkungen für die Stadt hat und das Ministerium für Inneres und Europa diese Maßnahme genehmigt hat. Die Synchronisierung beider Baumaßnahmen werde nicht ganz gelingen, da die Baustelle „Einfahrt Stargarder Straße“ seitens des Straßenbauamtes eher fertig sein wird. Der über die KEG unterbreitete Vorschlag, eine Behelfseinfahrt in die Stadt zu bauen, werde auch so umgesetzt. In drei Wochen ist dann mit dem Beginn zu rechnen. Ziel ist, dass das Ganze dann bis zum Start des Weberglockenmarktes absolviert ist. Weitere Informationen erfolgen in der nächsten Ausschusssrunde.
- Dem Facebook-Auftritt konnte entnommen werden, dass das Tanklöschfahrzeug (TLF) bei der Berufsfeuerwehr angekommen ist. Im Juni 2018 ist dann offiziell die in Dienststellung möglich, weil die Kameradinnen und Kameraden sich natürlich mit dem Fahrzeug erst einmal vertraut machen müssen. Herr Witt bedankt für die Beschlussituation im Haushalt für diese Neuinvestition, da das derzeitige Fahrzeug schon 25 Jahre alt war.
- Am 14. Mai 2018, den Tag der Staatsgründung Israels, wurde wie angekündigt die Flagge des Staates Israels vor dem Rathaus gehisst. Das zeigt die Verbundenheit mit Israel und natürlich in besonderer Weise zum 20. Jahrestag unserer Städtepartnerschaft mit Nazareth.
- Herr Witt nimmt Bezug auf die Strandbäder und erläutert, dass diese weiterhin kostenlos zur Verfügung stehen. Er verurteilt, dass mit kommunalem Eigentum so umgegangen wird und Dinge beschädigt werden. Daher kam die Idee, an Unternehmerinnen und Unternehmer heranzutreten, die an den Strandbädern vielleicht zusätzliche Dienstleistungen anbieten. Es wären eine Strandbar oder zusätzliche Grillstationen denkbar. Es gab schon zwei Unternehmer, die sich aufgrund dieser Aussage bei der Stadt gemeldet haben und sich das vorstellen könnten. Die Vorstellungen werden jetzt verwaltungsintern erarbeitet und dann den Ratsfrauen und Ratsherren zur Verfügung gestellt. Die Strandbäder sollen kostenlos bleiben, interessanter werden und eventuell sogar eine Verbesserung der Situation erreichen, dass der Vandalismus sich vielleicht in Grenzen hält. In Bezug auf den ruhenden Verkehr sei man in Absprache mit dem Polizeihauptrevier Neubrandenburg. Die Polizei wird jetzt verschärft Kontrollen an den Strandbädern vornehmen. Beteiligt sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsbereiches. Die Begehung wird auch unangekündigt und kontinuierlich in den Nachtstunden geschehen. In den nächsten Ausschüssen wird über den Erfolg dieser Maßnahmen informiert.

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne_Piraten) bezieht sich auf das Mobilitätsforum und hat in dem Zusammenhang folgende Fragen zum Bahnhofsumfeld:

Fragen:

1. Wie ist die geplante Gestaltung des Bahnhofsumfeldes und des Bahnhofsvorplatzes?
2. Wie wird die Fahrradabstellsituation am Bahnhof zukünftig geregelt? Gibt es präferierte Abstellsysteme? Wenn ja, welche?
3. Wie wird der öffentliche Personennahverkehr künftig geführt? Wird eine direkte Wegbeziehung vom Busbahnhof in die Innenstadt vorgehalten? (Verweis auf das gezeigte Interesse des NBV mit dem Bus über den Bahnhof in die Innenstadt)
4. Welche Wegesysteme gibt es für zu Fuß gehende und Rad fahrende zwischen dem Bahnhofsbereich, der Innenstadt und dem Vogelviertel? (*Wunsch nach einer Grafik*)

Er findet es gut, dass sich die Stadt Neubrandenburg am Stadtradeln beteiligt und ruft noch einmal alle Bürgerinnen und Bürger sowie das Personal der Stadtverwaltung zum Mitmachen auf. Es ist eine schöne Aktion, um klimafreundlichen Verkehr in der Stadt zu propagieren. Ein herzliches Dankeschön geht an die Stadtverwaltung, die diese Initiative auch nach Neubrandenburg geholt hat.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer VI/953 und wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) befürwortet, auch im Namen der Fraktion DIE LINKE, die Maßnahme der verschärften Kontrollen, um dem Vandalismus und den Verunreinigungen an den Strandbädern entgegen zu wirken. Er sichert diesbezüglich die Unterstützung der Fraktion zu. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Zeitspanne für die Aufstellung des Karl-Marx-Denkmal konkretisiert werden könne.

Herr Witt, Oberbürgermeister, antwortet, dass man mit den beiden Standortentwürfen nicht so richtig zufrieden ist, aber die Realisierung der Aufstellung im Jubiläumsjahr 2018 erfolgen wird.

Ratsherr Luttkus (CDU) begrüßt die Ausstattung der Stadtvertretung mit iPads und möchte wissen, ob ein Empfang (WLAN-Zugang) im ganzen Haus oder nur in den bisherigen Bereichen möglich ist.

Da es sich um die Lösung einer technischen Frage handelt, sagt Herr Witt eine schriftliche Antwort bzw. eine Information im nächsten Hauptausschuss zu.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) merkt an, dass sich die CDU-Fraktion mit dem Thema Strandbad ausführlich auseinandergesetzt hat und sich zusammen mit der Verwaltung ausdrücklich dafür einsetzt, dass das Strandbad für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neubrandenburg und für alle Gäste frei bleibt. Sie sagt eine Unterstützung der Verwaltung auch dahingehend zu, selbst wenn die Bewirtschaftung einmal ausgeschrieben werden sollte. In Bezug auf die medizinische Versorgung auf dem Datzeberg zeigt die CDU-Fraktion Interesse und hat die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger mit aufgenommen, dass es dort zu einem Wegzug der derzeitigen Ärztin kommen könnte. Sie fragt nach dem aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit.

Das letzte Gespräch hat vor circa zwei Monaten stattgefunden, so Herr Witt. Es wurden Einigungen betreffend den Zeitplan erzielt und wie das Bebauungsplanverfahren sowie der Baubeginn über-einander gelegt werden können. Die genauen Details erläutert er im nicht öffentlichen Teil.

Ratsfrau Richter (B90/Grüne_Piraten) dankt der Stadt an der Beteiligung und macht auf den heute stattfindenden „Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transphobie“ aufmerksam.

Ratsherr Schwanke (CDU) bemängelt, dass zum Karl-Marx-Denkmal bisher kein Ort der Aufstellung genannt werden kann und eine Lösung bis zum Jahresende aufgeschoben werde. Die letzte Information zum Standort ist die Kunstsammlung gewesen. Weiterhin findet er das optische Bild von herumliegenden Ästen und Bäumen im Wallgraben aufgrund der Baumaßnahmen nicht ansprechend. Das Straßenbauamt müsse dazu animiert werden, dass die Firmen das beseitigen. Als letzten Punkt macht er darauf aufmerksam, dass das Café Broda eröffnet hat und sehr gut angenommen wird.

Herr Witt, schließt sich den Ausführungen in Bezug auf das Café Broda an und findet, dass es sowohl eine gute Situation für den Tourismus, als auch für den Stadtteil an sich ist. In der Standortdiskussion des Karl-Marx-Denkmal hatte es unterschiedliche Sichtweisen gegeben. Zum einen ging es eher um das Kunstwerk und die Idee, dieses vor die Kunstsammlung zu stellen. Doch das würde einen Eindruck erwecken, dem die Kunstsammlung nicht gerecht wird. Eine zweite Idee war das Regionalmuseum. Diese beiden Varianten werden jetzt geprüft. Er betont, dass der Umgang mit diesem Denkmal nicht einfach ist. Im Jahr 2018 sollen beide Varianten durchgespielt werden, sodass rechtzeitig darüber informiert werden kann.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann (SPD) hat eine Nachfrage zu den Strandbädern und der Kooperation mit der Polizei. Er möchte wissen, ob über die Einführung einer „Bäderpolizei“ nachgedacht werden könne.

Man wird jetzt erst einmal die Ergebnisse der Kontrollen und die Auswertung in einigen Wochen abwarten, so Herr Witt. Diesbezüglich müsse auch der Haushalt im Blick behalten werden, wenn beispielsweise Kapazitäten aus dem Ordnungsamt abgezogen werden, um sagen zu können, wie im Jahr 2019 damit umgegangen werde.

VII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es keine Änderungen:

Die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau Gartz schlägt vor, folgende Tagesordnungspunkte

- TOP 15 und 16 (VI/907 und VI/908),
- TOP 17 und 18 (VI/909 und VI/897),
- TOP 20 und 21 (VI/899 und VI/900),
- TOP 22, 23 und 24 (VI/871, VI/872 und VI/873) sowie
- TOP 28 und 29 (VI/832 – neu und VI/859)

in verbundener Aussprache zu behandeln.

Ratsfrau Richter (B90/Grüne_Piraten) bringt im Namen der Fraktion B90/Grüne_Piraten, zwei Änderungsanträge zu TOP 10 (VI/918) ein.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

VIII. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

- TOP 1 VI/923 Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Ortsfeuerwehr Innenstadt und Ernennung zum Ehrenbeamten
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	12	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 562/32/18

- TOP 2 VI/924 Zustimmung zur Wahl des Gemeindeführers der Gemeindefeuerwehr Neubrandenburg und Ernennung zum Ehrenbeamten
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 563/32/18

- TOP 3 VI/925 Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Ortsfeuerwehr Innenstadt und Ernennung zum Ehrenbeamten
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 564/32/18

- TOP 4 VI/927 Zustimmung zur Wahl der stellvertretenden Gemeindeführerin der Gemeindefeuerwehr Neubrandenburg und Ernennung zur Ehrenbeamtin
1 Änderungsblatt
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 565/32/18

- TOP 5 VI/928 Zustimmung zur Wahl der stellvertretenden Ortswehrführerin der Ortsfeuerwehr Oststadt und Ernennung zur Ehrenbeamtin
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 566/32/18

Die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau Gartz, bittet die genannten Personen nach vorn.

Herr Witt, Oberbürgermeister, verliest die Urkunden und nimmt die Eide für die Ernennung zur/zum Ehrenbeamtin/Ehrenbeamten ab.

Gemeinsam überreichen Ratsfrau Gartz und Herr Witt die Blumen und die Urkunden für die Ernennung zur/zum Ehrenbeamtin/Ehrenbeamten.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) überbringt im Namen der CDU-Fraktion Blumen und Glückwünsche.

Ratsherr Stieber, Vorsitzender der SPD-Fraktion, gratuliert ebenso den Feuerwehrmännern und -frauen.

Mit der heutigen Ernennung und Berufung beginnt eine neue Amtszeit einer neuen Wehrführung, so Herr Bühring, Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst, aber es endet auch eine Amtszeit und dazu bittet er die genannten Personen nach vorn. Die Feuerwehrmänner wurden 2012 in die Gemeindeführung gewählt und haben als ehrenamtliche Kameraden hervorragende Arbeit im Dienste der Stadt Neubrandenburg in der Freiwilligen Feuerwehr geleistet. Dafür bedankt er sich ganz herzlich.

- TOP 6 VI/935 Änderung des Beschlusses Nr. 3/01/14 - Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: ZG CDU/FDP

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 567/32/18

- TOP 7 VI/929 Einsatz von Glyphosat sowie von Neonicotinoid-Insektiziden
Einreicher: Fraktion B90/DIE GRÜNEN und Piratenpartei

Voten:

Beratung im	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18 03.05.18	- 6	- 2	- 3	- -
Betriebsausschuss	17.04.18	3	1	4	-
Hauptausschuss	26.04.18	-	-	-	-

Ratsfrau Richter (B90/Grüne_Piraten) erläutert die Vorlage und geht auf die Nachteile von Glyphosat und Neonicotinoid-Insektiziden ein. Sie bittet um Zustimmung für den durch die Fraktion B90/Grüne_Piraten eingebrachten Antrag.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) merkt an, dass bei positiver Votierung der Drucksache Handlungsbedarf für die Verwaltung besteht. Da keine Angaben zu den finanziellen Auswirkungen durch den Eireicher gemacht wurden, fragt sie, ob das durch die Verwaltung dann so bestätigt werden kann.

Herr Schwabe, Betriebsleiter Eigenbetrieb Immobilienmanagement, merkt an, dass bei einem positiven Votum 550 Pachtverträge betroffen wären. Im Kern sind es 500 Pachtverträge für Einzelgärten, neben dem Generalpachtvertrag mit dem Regionalverband und den 14 Pachtverträgen für landwirtschaftliche Nutzflächen. Die Pachtverträge befinden sich in der Verwaltung bei der NEUWOGES bzw. der HAVEG. Beim Änderungsbedarf in der Anpassung würden sich zwei Möglichkeiten ergeben. Entweder wird eine Änderungskündigung ausgesprochen oder es wird ein entsprechendes Kündigungsverfahren eingeleitet. Dieser personelle Aufwand müsste dann durch den Verwalter abgedeckt werden. Hier geht man von einem fünfstelligen Betrag aus, der an den Verwalter im Laufe des Jahres 2019 zu zahlen wäre. In Bezug auf die Kapazitäten wäre dieser ab dem dritten Quartal 2018 personell in der Lage. Die Rechnungslegung in der benannten Höhe erfolgt dann im Jahr 2019.

Ratsherr Stieber (SPD) merkt an, dass die SPD-Fraktion in übergroßer Mehrheit voll und ganz hinter dem Anliegen und dem Ansatz des Antrages steht. Allerdings hat sich die SPD-Fraktion kritisch dazu geäußert, wirklich inhaltlich kompetent dieses Problem bearbeiten zu können. Allerdings werde angenommen, nur gefilterte Informationen zu bekommen, so dass die Mehrheit der Fraktion dem Antrag so nicht zustimmen würde. Aber eine Kompromisslösung wäre, die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen aus dem Antrag herauszunehmen, dann könne auch mehrheitlich dafür gestimmt werden.

Ratsherr Kuhnert (DIE LINKE) betritt den Sitzungsraum und nimmt an der Sitzung teil.

Änderungsantrag von Ratsherrn Stieber (SPD):

In der Beschlussvorlage wird unter Punkt 1 im ersten sowie im zweiten Satz folgender Wortlaut „land- und forstwirtschaftliche Flächen sowie“ und „städtische landwirtschaftliche Flächen und“ gestrichen.

Ratsfrau Richter schlägt zu den finanziellen Auswirkungen vor, aufgrund von Änderungen bzw. Anpassungen der Pachtverträge, eine Regelung zu finden, dieses Vorhaben im Sinne des Antrages so umzusetzen, indem Zusatzkosten vermieden werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Albrecht (SPD) zur Abstimmung der Reihenfolge des Änderungsblattes und der Vorlage führt Herr Meyer zu Schlochtern, Abteilungsleiter Recht und Vergaben, aus, dass zuerst die Abstimmung über den Änderungsantrag erfolgen muss.

Nach Rücksprache mit Herrn Meyer zu Schlochtern lässt Ratsfrau Gartz zuerst

über den Änderungsantrag abstimmen.

Bei der Bewirtschaftung in Gartenanlagen und Parks verzichtet die Stadt Neubrandenburg ab sofort auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden und Neonicotinoid-Insektiziden. Beim Abschluss neuer Pachtverträge für Gärten und bei der Verlängerung von Pachtverträgen wird eine entsprechende Klausel eingefügt.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Der Änderungsantrag wird mit
8 Dafürstimmen, 20
Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen
abgelehnt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 7 Dafürstimmen, 21 Gegenstimmen
und
2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlusnummer: 568/32/18

TOP 8 VI/930 Überprüfung älterer Bebauungspläne
Einreicher: Fraktion der SPD

Ratsfrau Schewe (SPD) macht Ausführungen zum Antrag und merkt an, dass die SPD-Fraktion davon ausgeht, dass noch weitere Flächen vorhanden sind, wo bereits ältere Baupläne bestehen. Sie hält es daher für angezeigt, dass die Verwaltung prüft, ob bei diesen älteren Bauplänen nicht die Möglichkeit einer Änderung besteht. Somit könnte den Bürgerinnen und Bürgern auch kurzfristig Bauland zur Verfügung gestellt werden, da diese Gebiete teilweise schon erschlossen sind oder zumindest eine Erschließung durchaus viel schneller möglich wäre. Man hofft auch auf Zustimmung des Antrages durch die anderen Fraktionen.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) kann mit den ersten Ausführungen von Ratsfrau Schewe mitgehen. Allerdings hält die CDU-Fraktion den relativ weit und unbestimmt gehaltenen Antrag für einen Mangel. Die Fraktion ist der Meinung, dass sich der zuständige Ausschuss damit beschäftigen sollte, um zu sagen was konkret und in welchem zeitlichen Ablauf durch die Verwaltung erledigt werden soll, wann die ersten Ergebnisse vorliegen müssen und welche Bebauungspläne oder Flächennutzungspläne am dringendsten zu behandeln sind. Weiterhin stellt sich die Frage nach den Kapazitäten innerhalb der Verwaltung.

Daher beantragt die CDU-Fraktion die Verweisung der Drucksache in den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss.

Ratsfrau Schewe kann die Verweisung in den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss befürworten. Aufgrund der hohen Anzahl älterer Baupläne soll eine Eingrenzung auf „älter“ nicht vorgenommen werden. Zunächst soll eine Überprüfung durch die Verwaltung veranlasst werden, um den schon sehr belasteten Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss zu entlasten und zu schauen, welche Möglichkeiten unabhängig vom Alter der Baupläne dort gesehen werden. Dann könne man im Ausschuss konkreter werden und genauer darüber sprechen, ohne viel Zeitverlust zu haben.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Der Antrag
wird mehrheitlich

bestätigt.

Beschlussfassung: Der Vorlage wird mehrheitlich in den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Beschlusnummer: 569/32/18

TOP 9 VI/931 Prüfung der Errichtung einer Mängel App und/oder einer „Mängeltelefonhotline“
Einreicher: Fraktion der SPD

Ratsfrau Schewe (SPD) merkt an, dass es mittlerweile in vielen Städten, wie Flensburg, Hameln oder auch Berlin, ein gängiges Mittel ist, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Aufgrund der Mitteilungen von Mängeln durch Ratsfrauen und Ratsherren in den Ausschüssen oder der Stadtvertretung, ist sie darauf aufmerksam geworden. Es ist eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger Mängel schnell und unkompliziert zu melden. Die SPD-Fraktion würde gern die Verwaltung beauftragen, das zu prüfen. Für die Stadt Neubrandenburg wird es als vorteilhaft gesehen und auch das Stadtbild könnte sich dadurch wesentlich verbessern.

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne_Piraten) sagt, dass die Fraktion B90/Grüne_Piraten mal eine Zeit lang eine Mängel Website für das Radwegesystem hatte, welche rege genutzt wurde. Nach Gesprächen mit der Stadtverwaltung, ob so etwas nicht eingerichtet werden könne, wurde eigentlich zugesichert, dass es eine Möglichkeit im Zuge der neuen Homepage geben sollte. Er befürwortet und wirbt für den Antrag der SPD-Fraktion und unterstützt diesen im Namen der Fraktion B90/Grüne_Piraten.

Herr Witt, Oberbürgermeister, steht so einem Kommunikationstool positiv gegenüber. Im Zusammenhang mit der Homepage sei geplant gewesen, solche Formen zu implementieren. Auch im Haushalt 2018 seien Mittel für eine Stadt-App eingestellt. Das Problem sind die enormen finanziellen Auswirkungen, zum einen die Programmierung und Implementierung solch einer App, wo mit einem fünfstelligem Betrag gerechnet werden kann und zum anderen ist es das Kapazitätsvolumen. Auch der Nordkurier hatte bei der Stadt angefragt, ob eine Kooperation mit der Lokalfuchs-App möglich wäre und somit auch eine Verbesserung erreicht werden könnte. Es wird an diesem Thema weiter gearbeitet, jedoch bittet er die genannten Fakten nicht außer Acht zu lassen.

Ratsfrau Dr. Kuhk (CDU) findet die Drucksache aus den genannten Gründen für verfrüht. Damit sollte sich auch hier ein zuständiger Ausschuss befassen.

Daher beantragt Ratsfrau Dr. Kuhk, im Namen der CDU-Fraktion, die Verweisung in den Betriebsausschuss.

Ratsfrau Schult (DIE LINKE) kann der Drucksache im Moment nicht zustimmen. Sie schlägt vor, Lob sowie auch Kritik über die Homepage äußern zu können. Auch diese findet sie noch nicht ganz optimal und regt noch einmal an zu prüfen, ob es möglich wäre diesen Sachverhalt gleich auf der ersten Seite darzustellen, um ihn für die Bürgerinnen und Bürger schneller auffindbar zu machen. Außerdem sei der Begriff Mängel-App zu negativ. Auch Bürgerinnen und Bürger sollen Angebote und Vorschläge machen können.

Ratsfrau Schewe erläutert, dass die Bezeichnung Mängel-App in

Anführungszeichen gesetzt ist. Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen betont sie, dass es ein Prüfauftrag für die Verwaltung ist, der erst einmal die Kosten und die Möglichkeiten der Umsetzung ermitteln soll. Deswegen findet sie, dass bei den finanziellen Auswirkungen der Vermerk „keine“ richtig sei. Die Nennung der Städte soll zeigen, dass auch kleinere Städte es geschafft haben, diese App umzusetzen. Im Betriebsausschuss darüber zu debattieren hält sie bei diesem Antrag für überflüssig. Dieser sei schon verständlich formuliert und hat eine klare Zielsetzung. Diese App soll es ermöglichen, schnell und unkompliziert Mängel zu melden. Die Möglichkeit dies über die Ratsfrauen und Ratsherren zu tun, sieht sie als nicht geeignetes Mittel an.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann (SPD) spricht das direkte Stadtmarketing an. Er verdeutlicht, dass eine sichere Kommunikation mit der eigenen App gewährleistet werden sollte und unterstützt somit die Form einer App.

Ratsherr Schwanke (CDU) spricht sich gegen die Unterstützung der App aus und stimmt den Aussagen von Ratsfrau Schult zu.

Herr Witt weist auf das Verhalten der App-Nutzer hin. Wenn mehrere Funktionen in einer App vorhanden sind, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass diese heruntergeladen wird. Deswegen der Gedanke, ob man vielleicht kooperieren könnte.

Ratsherr Albrecht (SPD) geht noch einmal auf den Beschlussvorschlag direkt ein und verliest diesen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion: Der Antrag wird mit
20 Dafürstimmen,
10 Gegenstimmen
und
1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich in den Betriebsausschuss verwiesen.

Beschlusnummer: 570/32/18

Ratsherr Fuhrmann (DIE LINKE) verlässt den Sitzungsraum.

TOP 10 VI/918 Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2016
1 – 2027
Änderungsblatt (Beschluss der Stadtvertretung Nr. 420/23/17 vom
09.02.2017)
1. Fortschreibung
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	10	-	1	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	10	-	1	-
Betriebsausschuss	17.04.18	8	-	-	-
Kulturausschuss	17.04.18	8	-	1	-

Finanzausschuss	18.04.18	6	1	2	-
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	18.04.18	10	-	1	-
Hauptausschuss	26.04.18	9	3	-	-

Ratsfrau Richter (B90/Grüne_Piraten) bringt zwei Änderungsanträge von Seiten der Fraktion B90/Grüne_Piraten ein und verliert den ersten Änderungsantrag.

Ratsherr Dr. Kirchhefer (B90/Grüne_Piraten) spricht die Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT) an und geht damit auf den zweiten Änderungsantrag ein. In dem geht es nicht darum, die 200 TEUR zu streichen, sondern um die stärkere Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer an den Kosten.

Herr Witt, Oberbürgermeister, bezieht sich noch einmal auf die Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH. Es könne eine Empfehlung entgegengenommen werden, dieses Thema in der Gesellschafterversammlung mit aufzunehmen und darüber zu berichten, da verschiedene Sachzusammenhänge gesehen werden müssen. Zu diesem Änderungsantrag sei es schwer möglich einen Gesellschafterbeschluss zu erreichen, weil eine zwei Drittel Mehrheit bei den Gesellschafterbeschlüssen erforderlich ist. Daher wird die Durchsetzung in der Gesellschafterversammlung als schwierig angesehen.

Zum Änderungsantrag Nr. 1 merkt Herr Witt an, dass im Zuge der FAG-Novellierung 2018 (1. Novellierung) zusätzliche Konsolidierungsmittel in Höhe von 9 Mio. EUR für die Stadt Neubrandenburg zur Verfügung stehen. Diese dürfen aber nicht auf Teilziele angerechnet werden, sondern sollen dafür sorgen, dass die Kommunen etwas schneller aus der Konsolidierung heraus kommen können.

Mit Schreiben vom 3. Mai 2018 wurde die Endabrechnung des Teilzieles 2015 (die restlichen 500 TEUR) plus die Abschlagszahlung 2017 (2,8 Mio. EUR), also insgesamt 3,3 Mio. EUR bescheinigt. Auf Bitten des Ministeriums für Inneres und Europa wurde für die 9 Mio. EUR bisher nur der Antrag gestellt.

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) verdeutlicht, dass sich die Fraktion DIE LINKE noch einmal ausgiebig mit dem HSK beschäftigt hat. Die Änderungsanträge waren nicht bekannt. Er beantragt nach Beendigung der Aussprache eine Auszeit, damit sich über die Änderungsanträge verständigt werden kann. Des Weiteren teilt er mit, dass die Fraktion DIE LINKE dem HSK mehrheitlich wieder nicht zustimmen wird.

Die Ausführungen von Ratsherrn Kowalick werden so zur Kenntnis genommen, so Herr Witt. Er dachte, dass es motiviert, wenn u. a. im Bericht des Oberbürgermeisters aufgezeigt wird, dass das beschlossene HSK wirkt.

Nach Unterbrechung der Sitzung von 16:40 Uhr bis 16:45 Uhr stellt die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau Gartz, die Änderungsanträge zur Abstimmung.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion B90/Grüne-Piraten:

- S. 50 - 9.2 Reduzierung der Sachaufwendungen im Regionalmuseum
 S. 51 - 9.3 Anpassung der Preise für Gruppenführung im Regionalmuseum
 S. 53 - 9.5 Verbesserung des Kostendeckungsgrades durch Ertragssteigerung oder
 freien Eintritt
 S. 55 - 9.7 Reduzierung der Sachaufwendungen in der Kunstsammlung
 S. 57 - 9.9 Erhöhung der Erträge durch Steigerung der Nutzerzahlen und
 regelmäßige Überprüfung der Gebührentarife

Die Einsparungen bei Regionalmuseum, Bibliothek und Kunstsammlung werden ausgesetzt. Als Gegenfinanzierung werden die eingesparten Zinsaufwendungen genutzt, die durch die zusätzlichen Landesmittel (Aufstockung der Konsolidierungshilfe in Höhe von 9 Mio. €) entstehen. Bei geschätzten Kredit-Zinsen von 1% beträgt die Zinseinsparung 90.000 €.

Maßnahme	HSK-Ziel neu in € pro Jahr
9.2 Reduzierung der Sachaufwendungen im Regionalmuseum	8.000
9.3 Anpassung der Preise für Gruppenführungen im Regionalmuseum	3.750
9.5 Verbesserung des Kostendeckungsgrades durch Ertragssteigerung oder freien Eintritt	20.806
9.7 Reduzierung der Sachaufwendungen in der Kunstsammlung	8.400
9.9 Erhöhung der Erträge durch Steigerung der Nutzerzahlen und regelmäßige Überprüfung der Gebührentarife (ab 2019)	14.700
Gesamt	<u>55.655</u>

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 1: Der Änderungsantrag wird mit

4 Dafürstimmen, 12
und 8

Gegenstimmen
Stimmenthaltungen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion B90/Grüne Piraten:

- S. 29 - 6 Teilhaushalt 6: Wirtschaftliche Unternehmen
 6.1 Reduzierung des Engagements der Stadt Neubrandenburg bei der
 Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT)

Bei der Beschreibung der Maßnahme wird folgender Schlusssatz ergänzt:

Um Personen, die den Flughafen nutzen, stärker in die Finanzierung dieser freiwilligen Infrastruktur-leistung miteinzubeziehen werden durch einen Gesellschafterbeschluss die Flughafen-Gebühren angehoben. Diese sollen sich künftig an den höchsten des Landes orientieren.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 2: Der Änderungsantrag wird mit

5 Dafürstimmen, 16
und 10

Gegenstimmen
Stimmenthaltungen

abgelehnt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 19 Dafürstimmen, 9 Gegenstimmen
und
5 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlusnummer: 571/32/18

TOP 11 VI/891 Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer der Stadt
1. Lesung Neubrandenburg (Hundesteuersatzung)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Die Vorlage wird laut Beratungsfolge verwiesen.

TOP 12 VI/892 Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der
1. Lesung Stadt Neubrandenburg (Zweitwohnungssteuersatzung)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	10	3	-	-

Die Vorlage wird laut Beratungsfolge verwiesen.

TOP 13 VI/893 Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das
1. Lesung Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten in der Stadt
Neubrandenburg (Spielgerätesteuersatzung)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-
Hauptausschuss					

Die Vorlage wird laut Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 14 VI/910 Beschluss über die Annahme von Spenden durch die
1 Stadtvertretung für das 1. Quartal 2018
Änderungsblatt Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-
Kulturausschuss	17.04.18	9	-	-	-
Finanzausschuss	18.04.18	9	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 572/32/18

Die Tagesordnungspunkt 15 und 16 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 15 VI/907 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt
Neubrandenburg, Teilfläche „Irisweg“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	11	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 573/32/18

- TOP 16 VI/908 Bebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr (Gewerbepark)“,
3. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	11	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 574/32/18

Die Tagesordnungspunkt 17 und 18 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 17 VI/909 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt
Neubrandenburg, Teilfläche „Trockener Weg“
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	11	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 575/32/18

TOP 18 VI/897 Bebauungsplan Nr. 3 „Eschengrund/Trockener Weg“, 2.
Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	11	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 576/32/18

- TOP 19 VI/898 Einfacher Bebauungsplan Nr. 72
 „Anbindung Johannesstraße - Demminer Straße“
 hier: Aufhebung Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 72
 „B 96 – Anbindung Heidenstraße“ vom 19.11.98
 Aufstellungsbeschluss einfacher B-Plan Nr. 72
 „Anbindung Johannesstraße - Demminer Straße“
 Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	11	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	12	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 577/32/18

Die Tagesordnungspunkte 20 und 21 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 20 VI/899 Einfacher Bebauungsplan Nr. 85 „Nutzungsabgrenzung
 Teilbereiche Innenstadt“
 1. vereinfachte Änderung
 hier: Aufstellungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	10	-	1	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	8	3	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	11	-	1	-

Ratsfrau Schult (DIE LINKE) stimmt beiden Drucksachen nicht zu, weil der mit Beschluss der Stadtvertretung zum Tatbestand erhobene Begriff „städtebaulicher Missstand“ keine messbare Größe, sondern ein eher abstrakter Begriff mit breitem Ermessensspielraum für die Gemeinden (§ 136 Abs. 2 Satz 2 BauGB) ist. Sie zweifelt aber nicht daran, dass die NEUWOGES für die Bewohnerinnen und Bewohner der Waagestraße akzeptable und individuelle Lösungen für Ersatzwohnraum bereitstellen wird. Weiterhin fragt sie, ob der Rückbau des Hauses in der Waagestraße eine gute Entscheidung für die Entwicklung der Stadt Neubrandenburg sei, da bei preisgünstigen und barrierefreien Wohnungen ein Mangel besteht. Ratsfrau Schult verdeutlicht, dass der allgemeine Wohnungsbautrend in den Städten in Richtung Verdichtung und Bauen in die Höhe (urbanes Bauen) geht und die Stadt Neubrandenburg mit ihrem vorhandenen Wohnungsbestand in die Breite zieht. Damit geht kostbares innerstädtisches Bauland für zusätzliche kommunale Wohnungen oder für der Allgemeinheit zu Gute kommende Zukunftsprojekte dauerhaft verloren. Sie hofft, dass bei Zustimmung der Drucksachen möglichst viele Neubrandenburger von ihrem Recht auf Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes

Gebrauch machen werden.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 578/32/18

- TOP 21 VI/900 Einfacher Bebauungsplan Nr. 85 „Nutzungsabgrenzung Teilbereiche Innenstadt“
1. vereinfachte Änderung
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	10	-	1	-
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	16.04.18	8	3	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	11	-	1	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 579/32/18

Die Tagesordnungspunkte 22, 23 und 24 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 22 VI/871 Gebührenkalkulation zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Neubrandenburg
2. Lesung
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Betriebsausschuss	27.02.18	9	-	-	-
Kulturausschuss	27.02.18	8	-	-	-
Finanzausschuss	18.04.18	9	-	-	-
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	18.04.18	11	-	-	-

Ratsherr Kowalick (DIE LINKE) merkt an, dass die Ausschussmitglieder Lob, in Bezug auf die Darstellung der drei Drucksachen, geäußert haben. Sie bedanken sich bei der Verwaltung und würden sich freuen, wenn das auch bei anderen Satzungen oder Gebührenkalkulationen der Fall wäre.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 580/32/18

- TOP 23 VI/872 Friedhofsgebührensatzung der Stadt Neubrandenburg
2. Lesung
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Betriebsausschuss	27.02.18	9	-	-	-
Kulturausschuss	27.02.18	8	-	-	-
Finanzausschuss	18.04.18	9	-	-	-
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	18.04.18	11	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 30 Dafürstimmen bestätigt.

Beschlussnummer: 581/32/18

- TOP 24 VI/873 Satzung der Stadt Neubrandenburg für die kommunalen Friedhöfe (Friedhofssatzung)
2. Lesung
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Betriebsausschuss	27.02.18	9	-	-	-
Kulturausschuss	27.02.18	8	-	-	-
Finanzausschuss	18.04.18	9	-	-	-
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport	18.04.18	11	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 30 Dafürstimmen bestätigt.

Beschlussnummer: 582/32/18

- TOP 25 VI/906 Kostenspaltungsbeschluss über die Beitragserhebung der Teileinrichtungen Mischverkehrsfläche, Straßenentwässerung und Grün- sowie Parkflächen der Baumaßnahme Windbergsweg
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Betriebsausschuss	17.04.18	8	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: 583/32/18

- TOP 26 VI/917 Besetzung des Aufsichtsrates der KEG- Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	11	-	-	-
Finanzausschuss	18.04.18	9	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	13	-	-	-

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 584/32/18

TOP 27 VI/919 23. Beteiligungsbericht der Stadt Neubrandenburg für das Jahr 2016
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis			
		Ja	Nein	Enth.	Befang.
Hauptausschuss	12.04.18	-	-	-	-
Finanzausschuss	18.04.18	9	-	-	-
Hauptausschuss	26.04.18	-	-	-	-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 17:35 Uhr geschlossen.

Doris Gartz
stellvertretende
Stadtpräsidentin

Prof. Dr. Roman F.
Oppermann
stellvertretender
Stadtpräsident

Dana Görschner
Protokollantin

Anfragen zur Stadtvertretung am 17. Mai 2018

Anfragesteller: Bertram Barthel, Bürger der Stadt Neubrandenburg

Anfrage 1

Betreff: Luhmann-Villa am Oberbach

Welche Maßnahmen wurden oder werden durch die Stadt bzw. den Landkreis und die Untere Denkmalschutzbehörde zum Erhalt des „Denkmals des Monats Mai 2018“, der Luhmann-Villa am Oberbach, konkret unternommen? Inwieweit wird der Eigentümer unterstützt, Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen?

Anfrage 2

Betreff: Bahnhofstor an der Stargarder Straße

Wie hoch sind die Kosten für die Stelen aus rotbraunem Corten-Stahl am geplanten Bahnhofstor an der Stargarder Straße angesetzt, die das historische Bahnhofstor nachzeichnen sollen? Inwieweit ist die Verzichtbarkeit dieser Maßnahme angesichts des angespannten Haushaltes und des überwiegend durch Kriegszerstörung geprägten Stadtbildes von Neubrandenburg geprüft worden? Wäre der Verzicht auf die Cortenstahl-Stelen noch denkbar?